

Kanton eröffnet die Notunterkunft erneut

Ab Montag bringt der Kanton Luzern in der Zivilschutzanlage Chrüz matt in Dagmersellen wieder bis zu 80 Geflüchtete unter.

Seit dem Spätsommer 2023 sei die Zahl der Asyl- und Schutzgesuche wieder spürbar angestiegen, teilte die Staatskanzlei am Mittwoch mit. Die Platzreserven, die der Kanton Luzern im vergangenen Jahr dank der Unterstützung durch die Luzerner Gemeinden aufbauen konnte, seien inzwischen fast vollständig belegt. In den 15 Asylzentren sowie den 937 Kantonswohnungen würden derzeit noch rund 200 freie Plätze zur Verfügung stehen. Weitere und längerfristige Unterkünfte zu beschaffen, werde aufgrund der Wohnungsmarkt- und Immobiliensituation im Kanton Luzern zunehmend schwierig.

Herberge für allein reisende Männer

Zurzeit werden dem Kanton Luzern monatlich rund 150 Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingswesen neu zugewiesen, heisst es weiter in der Mitteil-



Die Sporthalle Chrüz matt in Dagmersellen. Der Kanton Luzern nutzt deren unterirdische Sanitätshilfsstelle als Unterkunft für Flüchtlinge.
Bild: Marc Benedetti

lung. Gemäss aktueller Prognose des Bundes würden die Asyl- und Schutzgesuche voraussichtlich erst im Frühjahr 2024 leicht zurückgehen.

Mit der Inbetriebnahme der Notunterkunft in der Zivilschutzanlage (ZSA) Dagmersellen ständen dem Kanton Luzern 80 zusätzliche Unterbringungsplätze zur Verfügung. «Dass der Kanton Luzern erneut eine Notunterkunft in einer Zivilschutzanlage in Betrieb nehmen muss, ist nicht erfreulich», sagt die Luzerner Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor (Mitte). Aufgrund der aktuellen Situation sei dies aber «unumgänglich». Die ZSA Dagmersellen sei insbesondere für die vorübergehende Unterbringung von allein reisenden Männern vorgesehen.

Flüchtlingsunterkunft schloss im Mai

Bereits von November 2022 bis Ende Mai 2023 nutzte der Kanton

Luzern die ZSA Dagmersellen als Notunterkunft. «Der Betrieb verlief reibungslos», sagt der zuständige Dagmerseller Gemeinderat Peter Kunz (Mitte). «Deshalb haben wir entschieden, den Kanton Luzern bei der Unterbringung von Asyl- und Schutzsuchenden erneut zu unterstützen.»

Trotz der Aufhebung der Notlage im Asyl- und Flüchtlingswesen per 31. August 2023 durch den Luzerner Regierungsrat blieben die Herausforderungen für den Kanton Luzern gross, heisst es in der Mitteilung der Staatskanzlei. Aktuell befinden sich 6450 geflüchtete Personen in seiner Zuständigkeit – rund 3900 Personen aus dem ordentlichen Asyl- und Flüchtlingsbereich und 2550 Personen aus der Ukraine mit Schutzstatus S. Luzern ist verpflichtet, 4,8 Prozent aller Schutz- und Asylsuchenden der Schweiz aufzunehmen. (zt)

Stimmberechtigte befürchteten eine versteckte Steuererhöhung

Gemeindeversammlung von Reiden sagte Ja zu neuem Gemeindeführungsmodell und Nein zu geändertem Strassenreglement.

Markus Mathis

Die Gemeinde Reiden war in den vergangenen Jahren weder für politische Harmonie noch für reibungslos verlaufende Gemeindeversammlungen bekannt. Umso überraschender war der speditiv verlaufende Beginn der Versammlung, die am Dienstag im Saal des Hotel Restaurants Sonne in Reiden stattfand. 109 Stimmberechtigte von 4425 Stimmberechtigten besuchten sie.

Den Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2024–2027 nahmen sie einhellig zustimmend zur Kenntnis. Auch das Budget 2024, das bei einem Steuerfuss von 2.2 Einheiten einen Ertragsüberschuss von 18 889 Franken und Nettoinvestitionen von 1394 000 Franken vorsieht, genehmigten sie einstimmig. Selbst der Hinweis von Evi Gasser (IG Reiden), dass die Botschaft zwei verschiedene, teils erheblich voneinander abweichende Tabellen zur Finanzplanung enthalte, sorgte für wenig Aufregung. Gemeindepräsident Josua Müller (parteilos) versprach Aufklärung und Mitteilung über die Gemeinde-Homepage.

Aufstand der Grundeigentümer

Grosse Mühe gab sich Müller, den beantragten Wechsel des Gemeindeführungsmodells zu erklären, sowie die Notwendigkeit, einen Geschäftsführer für Reiden zu suchen. 107 Stimmberechtigte bewilligten die nötigen Änderungen der Gemeindeordnung bei nur zwei Gegenstimmen anstandslos. «Das ging mir jetzt fast ein wenig zu schnell», kommentierte Müller, der sich über die Eintracht in seiner Gemeinde freute. Auch die Erstellung einer systematischen Rechtssammlung für



Der Reider Gemeindepräsident Josua Müller referiert im weihnachtlich geschmückten «Sonnen»-Saal.
Bild: Markus Mathis

Reiden winkten die Anwesenden einstimmig durch, ein neues Datenschutzreglement pasierte grossmehrheitlich.

Auf Granit biss der Gemeinderat indes mit seinem Vorschlag, das Strassenreglement abzuändern. Die Gemeinde überwälzt einen Teil der Kosten für die Erneuerung von Gemeindestrassen zweiter und dritter Klasse an die anstossenden Grundeigentümer. Dies sollte auch beim baulichen Unterhalt möglich werden, da der von Er-

neuerungsarbeiten nur schwer abzugrenzen ist. Den normalen betrieblichen Unterhalt bezahlt weiter die Gemeinde.

Bauvorsteher Willy Zürcher (FDP) zeigte, dass dies alle möglichen Gemeinden ebenso halten und es einem kantonalen Musterreglement entspricht. Einzig Sursee, Wikon und Reiden würden den baulichen Unterhalt gänzlich auf eigene Kosten bestreiten. Aus dem Plenum meinte Richard Zihlmann (IG Reiden) aber: «Mir kommt das Ganze wie eine versteckte

Steuererhöhung vor.» Zumal Grundeigentümer nicht gefragt würden, welche Arbeiten an den Strassen vorgenommen werden, sondern einfach bezahlen müssten. Zihlmann erhielt Applaus und die Versammlung lehnte die Änderung mit 36 Ja zu 54 Nein ab.

Beim Thema Badi Reiden flogen die Fetzen

Zu Diskussionen Anlass gab auch die Einteilung der Gemeindestrassen. Diese stammt noch aus der Zeit der Gemeindefu-

sion von Reiden, Langnau und Richenthal und folgt nicht einheitlichen Kriterien. Man wolle die Klassifikation überarbeiten, sagte David Jurt, Bereichsleiter Bau & Infrastruktur. Darauf wurde vorgeschlagen, erst die Klassifikation zu ändern und anschliessend die Änderung des Strassenreglements vors Volk zu bringen. Das würde aber bei der Frage der Finanzierung nicht weiterhelfen, erklärte Willy Zürcher: «Bevor man eine Strasse auf- oder abklassieren kann, muss sie sa-

nirt und in einwandfreiem Zustand sein.»

Nach dem geschäftlichen Teil informierte Josua Müller, der auch Verwaltungsratspräsident der gemeindeeigenen Badi Reiden AG ist, über den Geschäftsgang der Badi, für die ein neuer Pächter und ein neuer Geschäftsführer gesucht werden. Markus Schwander (IG Reiden) stellte Fragen zur Badi-Rechnung und Evi Gasser machte Stimmung mit Einwänden, die sich aus der turbulenten Vergangenheit der Badi speisten.

Nach einem längeren Knatsch und teils gehässigen Voten, die Müller etwas ratlos verfolgte, bat er um Geduld, bis er mehr zur Zukunft der Badi sagen könne. «Die Gemeinde wird nicht umhinkommen, sich früher oder später grundsätzliche Überlegungen zur Badi zu machen und Entscheidungen zu treffen», meinte er. Zumal das Badi-Café Verlust mache und die zweite Etappe der Sanierung noch gar nicht begonnen habe.

Michael Maurer, Vater eines schulpflichtigen Kindes, sorgte sich um die Verkehrssicherheit in Reidermoos. Über die Dorfstrasse donnerten viele 40-Töner in den Aargau, sagte er. Das sei enorm gefährlich. Ob man kein Lastwagenverbot für die Gemeindestrasse erlassen könne, fragte er. Zudem solle die Kantonspolizei Tempokontrollen durchführen; viele Fahrzeuge führen viel zu schnell.

Es seien in der Vergangenheit schon Anläufe für ein Lastwagenfahrverbot unternommen worden, antwortete Willy Zürcher. Man sei diesbezüglich aber vor kurzem wieder an die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) gelangt. «Die Briefe haben wir geschrieben, jetzt warten wir auf Antwort vom Kanton», so der Bauvorsteher.